WACHSAM UND KAMPFENTSCHLOSSEN

SONDERHEFT



Der 13. August 1961

Für die politische Schulung der Grenztruppen

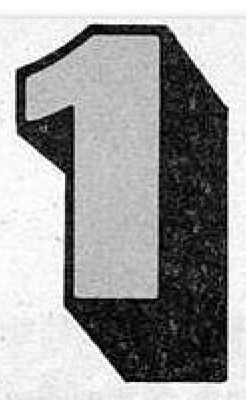
WACHSAM UND KAMPFENTSCHLOSSEN

(Sonderheft)

Der 13. August 1961

Verlauf,
Ergebnisse,
Lehren

Oberstleutnant Jürgen Listemann
Oberstleutnant d. R. Gerhard Berchert



Aktion zur Sicherung des Friedens und zum Schutz des Sozialismus

Werden Bürger der DDR nach Grundproblemen unserer Zeit befragt, so nennen sie in der Regel viele wichtige Dinge: u. a. Umweltschutz, Krebsbekämpfung, Hunger in Entwicklungsländern. Ganz vorn rangiert jedoch in den meisten Fällen die Sorge um die Erhaltung des Friedens.

Sicherung des Friedens ist Hauptfrage

In seinem Schlußwort auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED äußerte sich dazu auch der Genosse Erich Honecker: „Wir sind uns einig", so sagte er, „daß die Sicherung des Friedens für uns die Hauptfrage ist... Es vergeht kein Tag, an dem nicht Vertreter der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz auf die **entscheidende Bedeutung dieser Frage für das Leben unseres Volkes, ja der ganzen Menschheit** hinweisen."/1

Der Frieden ist gegenwärtig ernsthaft bedroht. Die alleinige Schuld daran tragen, wie die XIV. Parteidelegiertenkonferenz feststellte, die Verfechter der auf Weltherrschaft und soziale Revanche zielenden imperialistischen Gewaltpolitik. Wider alle Vernunft schlagen sie Verständigungsvorschläge der Sowjetunion in den Wind, negieren Verhandlungsangebote der sozialistischen Staatengemeinschaft, verletzen elementare Menschenrechte, ignorieren die Friedenssehnsucht der Völker der Welt, setzen die Existenz der menschlichen Zivilisation aufs Spiel.

Daß sich unter diesen Umständen viele Bürger unserer Republik – und darunter gewiß auch so mancher Grenzsoldat – besorgt fragen, ob es gelingen wird, jene aggressivsten imperialistischen Kräfte zu zügeln, ist verständlich. Die endgültige Antwort darauf formuliert jeder von uns mit – durch sein Handeln, durch sein persönliches Engagement.

Ja, es ist **möglich, die Aggressoren bereits im Frieden zu schlagen!** Dafür gibt es geschichtliche Beispiele. So verhinderte die Sowjetunion in den Jahren nach 1945 – vor allem durch die Anwesenheit ihrer Trup-

pen und durch außenpolitische Aktivität – militärische Interventionen des Imperialismus gegen jene durch die UdSSR befreiten Völker Europas, die sich für den Weg zum Sozialismus entschieden hatten.

1961 imperialistische Kriegspläne durchkreuzt

Ein anderes, für uns sehr bedeutsames Beispiel dafür, wie imperialistische Kriegspläne rechtzeitig durchkreuzt werden können, demonstrierte der sozialistische Bruderbund sehr eindrucksvoll am 13. August 1961. Wir als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik dürfen stolz darauf sein, daß unser Staat zu den mit diesem Datum verbundenen historischen Ereignissen einen bedeutenden Beitrag leistete.

Schlagen wir einmal nach, was in der Geschichte der SED (Abriß) u. a. darüber geschrieben wurde:

„In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 nahmen Einheiten und Verbände der NVA gemeinsam mit Kampfgruppen der Arbeiterklasse, der Grenzpolizei und der Volkspolizei, unterstützt von den in der DDR stationierten Truppen der Sowjetarmee, die bis dahin offene Staatsgrenze der DDR zu Westberlin unter Kontrolle und verstärkten den Schutz der Grenze zur BRD. Diese Operation war hervorragend geplant und ausgezeichnet organisiert. Mit hoher Einsatzbereitschaft und Schlagkraft erfüllten alle bewaffneten Organe im engen Zusammenwirken ihren Kampfauftrag . . .

Die Maßnahmen am 13. August 1961 waren eine **gemeinsame politische Aktion der Staaten des Warschauer Vertrages,** die die aggressiven imperialistischen Kräfte in der BRD und anderen NATO-Staaten zügelte und den Frieden in Europa rettete."/2

Heute ist die Verantwortung der Waffenträger des Sozialismus für die Bändigung der Kriegstreiber noch größer als damals. Aus der Einschätzung der Bruderparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, daß es in einem dritten Weltkrieg, der mit atomaren Mitteln geführt werden würde, keine Sieger und keine Besiegten gäbe, leitet sich nur eine Konsequenz ab: **„Die sozialistischen Streitkräfte haben stets und ständig eine solche Gefechtsbereitschaft zu sichern, daß jede Aggression gegen den Sozialismus ein tödliches Risiko für den Imperialismus bedeutet, daß er diesen Krieg nicht wagt und der Weltfrieden erhalten bleibt.** Gerade darin besteht das Wesen unseres militärischen Auftrages, mit dem wir heute über die friedliche Zukunft der Menschheit mitentscheiden."/3

Erfüllung unseres militärischen Auftrags mitentscheidend

Der Kampf um den Frieden ist immer harter Klassenkampf gegen die Kräfte der Vergangenheit, gegen den Imperialismus; heute vor allem gegen die Aggressionspläne des USA-Imperialismus und der NATO, gegen Konfrontationspolitiker und Sternenkriegsstrategen.

Innerhalb dieses gemeinsamen Kampfes wurden einzelnen sozialistischen Ländern von der Geschichte auch spezifische Aufgaben übertragen. Für uns heißt diese Aufgabe seit der Befreiung durch die Sowjetarmee: **Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen.**

Wenn wir uns also aus heutiger Sicht – anläßlich der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des 13. August seit dem Jahre 1961 – der damaligen Ereignisse und der ihnen folgenden Resultate erinnern, dann ist das mehr als nur ein geschichtlicher Rückblick. „Jubiläen", so schrieb Ernst Thälmann, „sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfaden für die Aktion."/4

Deshalb kommt es in erster Linie darauf an, die damals gewonnenen Erfahrungen zu vermitteln und bewußt zu machen, wie die Väter der heutigen Grenzergeneration in gefährlicher Situation ihren Mann ge-

standen haben und wie durch verantwortungsbewußte und entschlossene Erfüllung des Klassenauftrages der Krieg besiegt werden kann, bevor er ausbricht.

Eine längst fällige Entscheidung

Allerdings lassen sich historisch gewonnene Erkenntnisse nicht schematisch von einer Situation auf die andere übertragen. Man muß schon die geschichtlichen Ereignisse in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen „Rahmen" betrachten, um aus ihnen richtige Lehren ziehen und erfolgversprechende Handlungsrichtlinien ableiten zu können.

Wie sah es also Anfang der 60er Jahre in der Welt aus? Wie hatte sich vor allem die Klassenkampfsituation zwischen Sozialismus und Imperialismus entwickelt?

Sozialismus wurde zum bestimmenden Faktor

Kurz gesagt: Der Sozialismus hatte als Gesellschaftsordnung seine historische Überlegenheit über den Kapitalismus bereits bewiesen und gewann zunehmend an internationalem Einfluß. Eine Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die 1960 in Moskau stattfand und an der 81 Delegationen teilnahmen, bekräftigte das. Sie schätzte ein, daß das sozialistische Weltsystem immer mehr zum entscheidenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird und die Sowjetunion das Zentrum des gesellschaftlichen Fortschritts ist.

In der DDR entwickelte sich die sozialistische Gesellschaft in völliger Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten des Weltsozialismus. **Zu Beginn der 60er Jahre verfügte unsere Republik bereits über eine starke sozialistische Industrie; und in der Landwirtschaft dominierten seit dem durchgängigen genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauernschaft ab Herbst 1959 ebenfalls die sozialistischen Produktionsverhältnisse.**

Es wurde weltweit offensichtlich, daß die Zeit, wie man so sagt, immer stärker für den Sozialismus arbeitete.

Imperialismus führte kalten Krieg

Das sahen selbstverständlich auch die geschworenen Feinde des Fortschritts, die bereits seit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems weder Kräfte noch Mittel geschont hatten, um die Entwicklung „zurückzurollen". Sie betrieben eine Politik des kalten Krieges, die Anfang der 60er Jahre einem gefährlichen Höhepunkt zustrebte.

Was war das, der kalte Krieg? Holen wir uns Auskunft in der Literatur:

„Er war der mit ungeheuren Mitteln und mit großer Zielstrebigkeit unternommene Versuch des Imperialismus, in einer weltweit koordinierten Aktion und unter **Einsatz aller wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mittel** den Sozalismus in seinem historischen Vormarsch aufzuhalten, ihn auf seine Ausgangspositionen zurückzuwerfen, als weltpolitischen Faktor und als gesellschaftspolitische Alternative auszuschalten beziehungsweise zur Bedeutungslosigkeit herabzumindern.

... Es war der bisher größte Versuch des Weltimperialismus – nicht nur einzelner oder einer Reihe von Staaten –, sich als geschlossene Front zu formieren, für den gemeinsamen Kampf gegen den Sozialismus die unterschiedlichen Interessen und Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten zu überwinden beziehungsweise hintanzustellen, **alle Potenzen des Kapitalismus zu mobilisieren und gemeinschaftlich an allen Fronten anzugreifen.** Die erste Intervention gegen den jungen Sozialismus vereinigte 14 kapitalistische Staaten. Der zweite Überfall

erfolgte durch die Koalition der faschistischen Mächte. Den kalten Krieg begann praktisch die gesamte kapitalistische Welt."/5

Einen besonderen Platz in dieser imperialistischen Strategie des „roll back", des „Zurückrollens" des Sozialismus, nahmen dabei die BRD und Westberlin ein. Das äußerte sich erstens in der intensiv betriebenen Remilitarisierung der BRD und in ihrem Beitritt zur NATO im Jahre 1955. Zweitens zeigte es sich – unter Mißbrauch der offenen Grenze – im Ausbau Westberlins als Hort des Revanchismus, als Zentrale des Wirtschaftskrieges gegen den Sozialismus und als Drehscheibe der Spionage und der psychologischen Kriegführung.

Mißbrauch der offenen Grenze

Bekannt ist die damals geprägte Bezeichnung Westberlins als „billigste Atombombe".

Dreimal traten die aggressivsten imperialistischen Kräfte bisher von Westberlin aus an, um die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR zu liquidieren. Jedesmal erhielten sie die ihnen gebührende gründliche Abfuhr.

Am 17. Juni 1953 zerschlugen die Arbeiterklasse der DDR und ihre bewaffneten Organe gemeinsam mit den in der Republik stationierten sowjetischen Streitkräften einen konterrevolutionären Putschversuch.

Im Herbst 1956 traten die Kampfgruppen der Arbeiterklasse entschlossen Provokationen entgegen, die von Westberlin aus mit dem Ziel inszeniert wurden, die sozialistische Staatsmacht auszuhöhlen.

Als schließlich **im Sommer 1961** der imperialistische Wirtschaftskrieg gegen die DDR einen Höhepunkt erreichte und die NATO- und die Bundeswehrführung unter Einbeziehung Westberlins Varianten eines „Blitzkrieges" und eines „begrenzten Krieges" gegen die DDR und andere sozialistische Staaten vorbereiteten, durchkreuzte die bewaffnete Arbeiterklasse der DDR auch diese Aggressionspläne.

Doch bevor wir darauf näher eingehen, muß noch etwas zum damals gegen unser Land geführten **Wirtschaftskrieg des Imperialismus** gesagt werden, um wenigstens annähernde Vorstellungen von den infamen Gangstermethoden des Klassenfeindes zu vermitteln. Er versucht natürlich immer wieder, durch Täuschungsmanöver, Vertragsbruch und erpresserisches Vorgehen die ökonomische Entwicklung des Sozialismus zu behindern. Doch hält sich das heute in gewissen Grenzen – in den Grenzen, die wir dem Imperialismus bereits setzen konnten. Der damals gegen die DDR geführte Wirtschaftskrieg war faktisch schrankenlos.

So betrieben Monopole und imperialistische Geheimdienste unter Mißbrauch familiärer Bindungen und der offenen Grenze das massenhafte **Abwerben** von Facharbeitern, Technikern, Ärzten, Wissenschaftlern und anderer Spezialisten. Sie schädigten damit die Wirtschaft der DDR empfindlich und zogen daraus durch die Einsparung von Ausbildungskosten noch zusätzlichen Profit.

Ein weiteres Instrument des Wirtschaftskrieges waren **Kursmanipulationen** beim Umtausch von Mark der DDR gegen Mark der BRD. Der aus den Währungsspekulationen resultierende Schwindelkurs stieg zeitweise bis 8:1. Kurz vor dem 13. August 1961 betrug er etwa 4,5:1. Dadurch gelangten beträchtliche Summen unseres Geldes nach Westberlin und in die BRD. Sie wurden eingesetzt, um die Diversions- und Spionagetätigkeit gegen die DDR zu finanzieren und unsere Wirtschaft systematisch zu unterminieren.

Eine nicht unwesentliche Rolle im Wirtschaftskrieg gegen die DDR spielten die durch das illegale Kursgefälle korrumpierten Bürger, die in

Westberlin als „Frontstadt des kalten Krieges"



164 Kilometer lang war die offene Grenze zu Westberlin. 45 Kilometer davon entfielen auf die Hauptstadt der DDR. Skrupellos nutzten das die Feinde des Sozialismus für ihre verbrecherischen Anschläge aus. Mehr als 90 Prozent aller konterrevolutionären Aktionen gegen die DDR gingen bis zur Sicherung der Staatsgrenze von der – wie imperialistische Politiker sie nannten – „Frontstadt" Westberlin aus, wo sich über 80 Agentenorganisationen eingenistet hatten.

der Hauptstadt der DDR oder in den unmittelbar angrenzenden Bezirken wohnten und lebten. Sie verkauften als **„Grenzgänger"** ihre Arbeitskraft an Westberliner Konzernbetriebe oder verrichteten in Westberlin sogenannte nichterfaßte Gelegenheitsarbeiten. Daraus erwuchs der Wirtschaft der DDR doppelter Schaden. Einerseits entstand durch den Verlust von etwa 100 000 Arbeitskräften jährlich ein **Produktionsausfall von rund 3,5 Milliarden Mark.** Andererseits tauschten die Grenzgänger einen großen Teil ihres „Lohnes" unter Ausnutzung des Schwindelkurses in DDR-Währung um, nahmen alle sozialpolitischen Vergünstigungen unseres Staates voll für sich in Anspruch und ließen es sich auf Kosten der Werktätigen der DDR wohl sein.

Monopole und Regierungskreise der BRD organisierten weiterhin immer wieder **Störungen des Handels** mit der DDR. So kündigten sie kurzfristig zum 31. Dezember 1960 das bestehende Handelsabkommen, nahmen schon vorher willkürliche Einschränkungen des Warenaustausches vor und diskriminierten die Handelsbeziehungen der DDR zu anderen kapitalistischen Ländern und zu den jungen Nationalstaaten.

DDR sollte „ausbluten"

Mit all diesen Maßnahmen sollte unsere Volkswirtschaft „ausgeblutet" werden. **Nach vorsichtigen Schätzungen wurde der DDR in der Zeit der offenen Grenze durch die ökonomische Aggression des Monopolkapitals der BRD ein Schaden von mehr als 150 Milliarden Mark zugefügt.** Das ist eine Summe, die heute etwa dem Wert des vorgesehenen Warenaustauschs an Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie zwischen DDR und UdSSR in den Jahren 1986 bis 1990 entspricht. Sie überstieg bei weitem die Mittel, die wir seit Gründung unserer Republik bis zum Jahre 1961 in die Volkswirtschaft der DDR investieren konnten.

Diese gewaltige ökonomische Schädigung der Deutschen Demokratischen Republik war ein wichtiger **Bestandteil der gesamten imperialistischen Aggressionsvorbereitungen.** Unzufriedenheit sollte geschürt und die DDR von innen her zersetzt werden. Dem diente auch eine massive Verleumdungs- und Hetzkampagne in den Massenmedien. Zugleich aktivierten die Landsmannschaften und andere revanchistische und militaristische Verbände in der BRD und in Westberlin ihre Tätigkeit und riefen dazu auf, die DDR zu annektieren und den Sozialismus zu beseitigen.

Der sogenannte **Forschungsbeirat der BRD für „Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands"** legte in seinem Jahresbericht 1961 einen umfassenden Plan für den „Tag X" vor. Es ist nicht uninteressant zu wissen, daß diesem Beirat Mitarbeiter der Regierung, der Geheimdienste und hohe Offiziere der Bundeswehr, Vertreter von Großbanken, Monopolen und Unternehmerverbänden sowie rechte Führer der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften angehörten.

„Grauer Plan" zur Beseitigung sozialistischer Errungenschaften

Das von diesen Leuten verfaßte **Aggressionskonzept** wurde als „Grauer Plan" bekannt. In ihm war u. a. vorgesehen, nach Besetzung der DDR die volkseigenen Betriebe und Banken unter die Monopole der BRD aufzuteilen, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufzulösen und das Land den ehemaligen Junkern und Großgrundbesitzern zu übergeben.

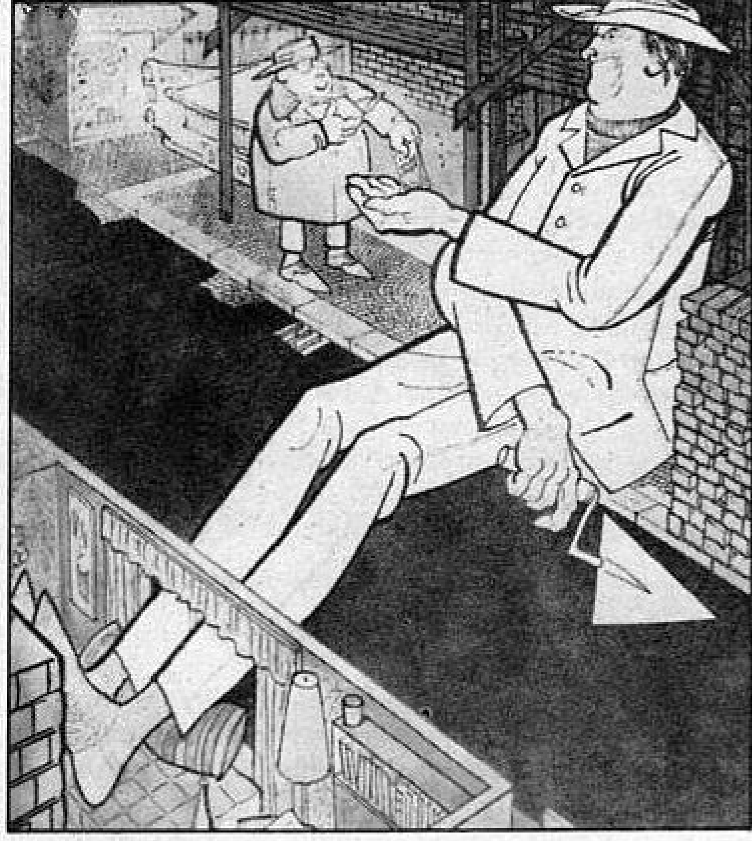
Einflußreiche Politiker und Militärs setzten vor allem auf das strategische Kernwaffenpotential der USA. Sie spekulierten darauf, daß die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages angesichts eines drohenden Atomkrieges davor zurückschrecken würden, der DDR Hilfe zu leisten. **Systematisch begannen sie, die Situation „aufzuheizen".**

Kein Mittel war zu schmutzig

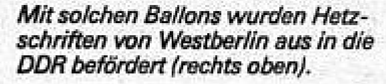
Wirtschaftskrieg und Menschenhandel, Aufwiegelung, Verleumdung, Erpressung, Brandstiftung – diese und andere Gangstermethoden wurden unter Mißbrauch der offenen Grenze gegen den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat angewandt.











Mit solchen Ballons wurden Hetzschriften von Westberlin aus in die DDR befördert (rechts oben).

Ein ertappter Brandstifter am Tatort, dem VEB Großberliner Vieh- und Schlachthöfe.

Karikiert in jenen Tagen: Grenzgängers Verräterlohn (rechts, Mitte).

Beschlagnahmte Lebensmittel, die nach Westberlin verschoben werden sollten (rechts). Schmuggler und Spekulanten fügten unserer Republik erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden zu und ergaunerten sich selbst beträchtliche Summen. Als bevorzugte Schieberwaren galten hochwertige optische und feinmechanische Geräte.

So forderte ein Sprecher des Führungsstabes der Bundeswehr laut „Münchener Merkur" vom 24./25. Juni 1961, eine „Explosion" in der DDR herbeizuführen.

Unmittelbare Vorbereitung der Aggression

Noch deutlicher wurde die „Kölnische Rundschau", die am 10. Juli 1961 von den imperialistischen Mächten forderte, „alle Mittel des kalten Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden ... Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnungsgewalt, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr ..."/6

Es blieb nicht bei derartigen Proklamationen. Die mehr als 80 in Westberlin etablierten und generalstabsmäßig geführten **Agentenorganisationen erhöhten ihre Aktivitäten,** um in der DDR und ihrer Hauptstadt Unruhen auszulösen.

Es wurden Anschläge organisiert wie die Brandlegung im VEB Großberliner Vieh- und Schlachthöfe und das Zünden von Brandsätzen in der Humboldt-Universität. Allein in der Hauptstadt Berlin mußten Ende Juli/Anfang August 1961 34 **Brandstiftungen** registriert werden.

In seinem Buch „So werden Kriege gemacht" schrieb Genosse Albert Norden: „Jede in Brand gesteckte Scheune in der DDR, jeder in einem dortigen Industriegebiet angerichtete Schaden, jeder Sabotageakt im Verkehrswesen ... – all das sollte dazu dienen, das gesellschaftliche Leben im verhaßten sozialistischen Osten Deutschlands durcheinander zu bringen und ein Wirtschaftschaos hervorzurufen. Nichts wurde unversucht gelassen und alles hoch belohnt."/7

Zur gleichen Zeit liefen die unmittelbaren militärischen Aggressionsvorbereitungen an.

Der Generalstab der Bundeswehr bereitete die **Einberufung von Reservisten** vor. Sieben Bundeswehrdivisionen standen zu diesem Zeitpunkt bereits für den „kleinen Krieg" gegen die DDR bereit. Anfang August 1961 wurden **NATO-Verbände in Europa in Alarmbereitschaft** versetzt. Vor der Küste der DDR fanden **Seekriegsmanöver** statt, an denen etwa 100 Kriegsschiffe der Bundesmarine teilnahmen. Der Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, der ehemalige Nazi-General Speidel, inspizierte die Aufmarschräume in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze der DDR.

Selbstverständlich konnte der sozialistische Bruderbund dieser gefährlichen Entwicklung nicht untätig zusehen. Genosse Erich Honecker schrieb später darüber:

„Konnten wir tatenlos bleiben, da im Herzen Europas eine Situation entstanden war, die mit kaum noch verheimlichten Mobilmachungen und gesteigerter Kriegshysterie auf westlicher Seite dem Vorabend des zweiten Weltkrieges glich? Konnten wir die Hände in den Schoß legen, wenn Berlin-West als ‚Brückenkopf' des kalten Krieges ausgebaut wurde und seine ‚Störfunktion' immer ungehemmter wahrnahm? Hätte das Volk der Deutschen Demokratischen Republik, hätten die friedliebenden Völker Europas und der Welt es uns verziehen, wenn wir die Aggressoren nachgerade durch Tatenlosigkeit ermuntert hätten? Am Ende des zweiten Weltkrieges hatten wir geschworen, alles daranzusetzen, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgeht."/8

Zwölf Jahre lang hatten Partei und Regierung die Staatsgrenze zu Westberlin und mehr oder weniger auch zur BRD offengehalten. **Unser Staat hatte im Interesse friedlicher Verständigung große materielle**

Die Aggressoren wähnten sich vorm Ziel

Eine „Siegesparade“ Unter den Linden in Berlin stand schon auf dem Programm. Am 2. September 1961 plauderte der „Industriekurier“, ein führendes Monopolblatt der BRD, im Nachhinein die Absicht aus, mit „Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel“ die Annexion der DDR und ihrer Hauptstadt zu vollenden. Daß das durchaus ernst gemeint war, veranschaulicht die folgende, bei weitem nicht vollständige Aufzählung.

Chronik imperialistischer Kriegsvorbereitung im Jahre 1961:

1. April
Bundeswehrgeneral Adolf Heusinger, Planungsspezialist militärischer Überfälle in Hitlers Generalstab, wird Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Washington.

8.–10. Mai
Auf einer Tagung aller Außenminister der NATO-Staaten wird beschlossen, Bundeswehrtruppen „wenn nötig“ zeitweilig aus dem NATO-Kommando zu entlassen – zur Lösung „nationaler Aufgaben“.

20. Mai
Der Rat der Westeuropäischen Union verfügt die Aufhebung von Rüstungsbeschränkungen für die BRD.

17. Juni
„Die Welt“ schreibt scharfmacherisch: „So wie seine sieben Vorgänger feiern wir den 17. Juni in diesem Jahr zum letztenmal. Der 17. Juni 1962 wird ein ganz anderes Gesicht zeigen. Es gehört keine Sehergabe dazu, um das vorauszusagen.“



Sie hatten den Finger bereits am Abzug.



Stoßrichtungen von Bundeswehr- und NATO-Manövern 1959–1961.

– der Frieden war in höchster Gefahr

23. Juni
In Washington stellt die „Berlin Task Force" einen Katalog von Aktionen zusammen, die von der totalen Wirtschaftsblockade gegen die sozialistischen Staaten bis zum Durchbruch eines Panzerkonvois über das Territorium der DDR und die Errichtung einer Luftbrücke nach Westberlin reichen.

28. Juni
General Heusinger meldet dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, daß sieben Bundeswehrdivisionen bereitstünden, um „unverzüglich jede Mission auszuführen".

10. Juli
Der NATO-Rat beschließt, die Zahl seiner Divisionen in Europa von 22 auf 30 zu erhöhen.

25. Juli
Präsident Kennedy gibt bekannt, daß das USA-Militärbudget um acht Milliarden Dollar erhöht wird. Zugleich werden die Reservisteneinberufungen verdreifacht und Maßnahmen zur Vergrößerung der Lufttransportfähigkeit von USA-Truppen getroffen.

1. August
Für die NATO-Verbände in Europa wird erhöhte Alarmbereitschaft ausgelöst.

8. August
In der Ostsee und westlichen Nordsee beginnen die Seekriegsmanöver „Wallenstein IV". 100 Schiffe der Bundesmarine mit 5500 Soldaten an Bord operieren zum Teil unmittelbar vor den Hoheitsgewässern der DDR.

10. August
General Hans Speidel, Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, inspiziert an der Staatsgrenze zur DDR die zum Angriff längs der Autobahn Helmstedt–Berlin angesetzten Truppen. Er schätzt ein, daß die NATO-Verbände in diesem Raum gerüstet seien.



Opfer gebracht und hatte dabei auch die historisch bedingten vielfältigen Beziehungen auf den verschiedensten Gebieten, einschließlich der familiären Bindungen, berücksichtigt. Er war bis an die Grenze des Möglichen gegangen. **Im Jahre 1961 zwang die zugespitzte Situation zu neuen Entscheidungen.**

Gegenmaßnahmen werden eingeleitet

Im März 1961 beschloß der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Vertrages Maßnahmen, um eine Aggression zu verhindern und nötigenfalls mit allen Mitteln zurückzuschlagen. Im Kommuniqué der Tagung hieß es, daß die sozialistische Staatengemeinschaft nicht teilnahmslos zusehen könne, wie die imperialistischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren.

Die politische Arbeit in den Streitkräften richtete sich zunehmend auf die uneingeschränkte Bereitschaft zur bestmöglichen, vorbehaltlosen Erfüllung eines jeden Auftrages zur Verteidigung des Sozialismus und zum Schutze der DDR.

Anfang August 1961 kamen in Moskau die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien aus den Staaten des Warschauer Vertrages zusammen. Sie berieten über die durch imperialistische Aggressionspolitik entstandene bedrohliche Lage. **Im Einvernehmen mit der KPdSU schlug die SED vor, die Grenze der DDR gegenüber Westberlin und der BRD unter die zwischen souveränen Staaten übliche Kontrolle zu nehmen.** Die Teilnehmer der Beratung stimmten einmütig zu.

Eine Erklärung der Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages empfahl der Regierung der DDR, die Errungenschaften des Sozialismus durch „eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle" an der Trennlinie zum Imperialismus zu schützen.

Am 11. August 1961 beauftragte die Volkskammer der DDR auf Vorschlag des Zentralkomitees der SED den Ministerrat, alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die sich aus den Empfehlungen und Vereinbarungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ergaben.

Zur rechten Zeit und im erforderlichen Maße wurde alles getan, um die Pläne des Klassenfeindes einmal mehr zu durchkreuzen und ihm die Grenzen seiner Macht zu zeigen.

Hervorragend geplant und organisiert

In der Nacht zum Sonntag, dem 13. August 1961 ist es dann soweit.

Um 0.00 Uhr löst Erich Honecker, Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, aus dem Berliner Polizeipräsidium, wo er vorübergehend seinen Stab eingerichtet hatte, Alarm aus und gibt das Startzeichen für eine großangelegte und **unter strengster Geheimhaltung sorgfältig vorbereitete Aktion.**

Am Vortag, um 16.00 Uhr, hatte Walter Ulbricht, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates, die vom Operativstab vorbereiteten Befehle für die Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD unterzeichnet.

Erich Honecker erinnert sich: „Binnen weniger Stunden war unsere Staatsgrenze rings um Berlin-West zuverlässig geschützt. Ich hatte vorgeschlagen, direkt an der Grenze die politische und militärische Kampfkraft der Arbeiterklasse einzusetzen, das heißt Werktätige aus sozialistischen Betrieben in den Uniformen der Kampfgruppen. Sie sollten mit Bereitschaften der Volkspolizei unmittelbar die Grenze zu Berlin-

West sichern. Falls es notwendig werden sollte, hatten die Truppenteile und Verbände der Nationalen Volksarmee und die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit sie aus der zweiten Staffel zu unterstützen. Nur bei einem etwaigen Eingreifen der NATO-Armeen sollten die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte in Aktion treten."/9

Exakter Ablauf der Handlungen

Die Handlungen zur Sicherung der Staatsgrenze vollziehen sich exakt nach Plan. Vom Berliner Polizeipräsidium aus bestehen ständige Verbindungen mit den Bezirksleitungen der SED in Berlin, Frankfurt (Oder) und Potsdam, mit den Kommandeuren der Kampfgruppen sowie der anderen bewaffneten Kräfte, deren Einheiten zum Teil bereits vor Tagen – im Zug von Manöverhandlungen – ihre Bereitstellungsräume eingenommen hatten. Zügig gehen die Einsatzbefehle an die Verbände und Einheiten der Nationalen Volksarmee und an die Volkspolizeibereitschaften. Auch das Kommando der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte versetzt seine Truppen in Alarmzustand.

Der 13. August ist gerade wenige Minuten alt, da treffen die leitenden Genossen der Berliner Parteiorganisation der SED zusammen. Der 1. Sekretär, Paul Verner, erläutert die Aufgaben: Innerhalb der nächsten Stunden ist die gesamte Parteiorganisation zu mobilisieren. Der Bevölkerung der Hauptstadt sind durch den gezielten Einsatz von Agitatorengruppen die Ereignisse dieser historischen Nacht und die entstandene Lage verständlich und überzeugend zu erläutern. Es ist Vorsorge zu treffen, daß am Montag in den Betrieben und Verwaltungen normal gearbeitet werden kann und die Produktion gesichert ist. Dabei geht es u. a. darum, mehr als 50 000 ehemaligen Grenzgängern aus der Hauptstadt schnell Arbeitsplätze nachzuweisen.

Lösung komplizierter Fragen

Zur gleichen Stunde ordnet der Minister für Verkehrswesen an, den direkten Bahnverkehr von und nach Westberlin zu unterbrechen. Um 1.10 Uhr stehen als erste die Signale auf den S-Bahn-Strecken zwischen Pankow und Gesundbrunnen, Treptower Park und Sonnenallee Baumschulenweg und Köllnische Heide auf „Halt". Wenig später treten Arbeitsstäbe zusammen, um zu sichern, daß mit Beginn des morgendlichen Fahrbetriebes alle Verkehrsmittel der Hauptstadt der DDR nach neuen Fahrplänen verkehren.

Ab 2.00 Uhr wird die Grenze am Brandenburger Tor und an anderen wichtigen Übergangsstellen geschlossen. Grenzsicherungsanlagen entstehen. Zunächst sind es einfache Stacheldrahtrollen. Dann werden sie durch Erdwälle, Betonpfähle und Spanische Reiter verstärkt.

Inzwischen treffen in Berlin eine motorisierte Schützendivision sowie Pionier- und Panzereinheiten der NVA ein. Sie übernehmen die Sicherung des Baus der Grenzanlagen. Gleichzeitig erreichen Verstärkungen der Bereitschaften der Volkspolizei und Kräfte der Verkehrspolizei ihre Einsatzabschnitte. Weitere Kampfgruppeneinheiten aus Berlin und den umliegenden Bezirken rücken an.

Um 6.00 Uhr ist der Hauptteil der Operation im wesentlichen abgeschlossen: Die Grenze der DDR zu Westberlin ist auf ihrer gesamten Länge unter Kontrolle, und zugleich wird die verstärkte Sicherung der Staatsgrenze zur BRD wirksam.

In der Geschichte der Nationalen Volksarmee ist über diesen Tag zu lesen: „Die Militaristen und Revanchisten wurden völlig überrascht. Jahrelang hatten sie die ‚Stunde X' – den militärischen Überfall auf die DDR – vorbereitet. Sie wähnten sich dem Ziel nahe, und nun waren ihre Pläne durchkreuzt worden. Die gelungene Überraschung nahm

Und dann schlug's dreizehn!





NEUES DEUTSCHLAND

Berlin, Sonntag, 13. August 1961

BESCHLUSS
des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

ERKLÄRUNG
der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten

...uen beschließt der Ministerrat der Deutschen Demo-...atischen Republik in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Sicherung des europäischen Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik und im Interesse der Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers **folgende Maßnahmen:**

Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verläßlich Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen.





ihnen die Initiative des Handelns und ließ ihnen kaum eine Chance zu unmittelbaren wirksamen Gegenmaßnahmen. In einer entscheidenden Situation des Klassenkampfes, so stellte ... Armeegeneral Heinz Hoffmann fest, ‚beeindruckten die Streitkräfte der DDR vor der internationalen Öffentlichkeit durch den überraschenden, verblüffend schnellen und dabei doch so gelassenen Verlauf ihrer Handlungen, die mit der Präzision eines Uhrwerks, mit den Waffenbrüdern abgestimmt, vollzogen wurden'."/10

Dem Gegner keine Chance gelassen

Der Schlag hat gesessen

Den Erfolg der Aktion unterstrichen eindrucksvoll die Überraschung, ja Bestürzung, die am Morgen jenes denkwürdigen 13. August in Bonn und Westberlin herrschten. Da auch keiner der westdeutschen Geheimdienste und keine der Spionageorganisationen mit ihren vielen Filialen etwas von der bevorstehenden Aktion in der DDR gemeldet hatten, verschlief die Prominenz in Bonn und in Westberlin einfach die ersten Stunden dieses Ereignisses.

Der Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Vorgesetzte des Gehlen-Spionagedienstes, Hans Globke, schreckte den Bundeskanzler Adenauer um 4.30 Uhr per Telefon mit der Hiobsbotschaft aus dem Schlaf, die Nachrichtenagenturen hätten gemeldet, daß die DDR die Grenze zu Westberlin abgeriegelt habe.

Der „Minister für gesamtdeutsche Fragen", Ernst Lemmer, berichtete vom Bett seiner Westberliner Wohnung aus das gleiche.

Den Präsidenten des Bundestages, Eugen Gerstenmaier, erreichte die Meldung in seinem Jagdhaus im Hunsrück.

Außenminister v. Brentano wurde an seinem Aufenthaltsort im Odenwald von der Nachricht überrascht.

Den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, der auf Wahlkampfreise in westdeutschen Ländern unterwegs war, ereilte die Botschaft im Zug. In Hannover unterbrach er seine Fahrt, hastete zum Flugplatz, um möglichst schnell nach Westberlin zu kommen.

Doch jede Aufregung war angesichts der vollendeten Tatsachen unnötig. Schon am Vormittag dieses Sonntags ließ sich nicht übersehen: In Berlin herrschte Ruhe. **Die von der DDR im Einklang mit dem Völkerrecht getroffenen Maßnahmen strahlten Besonnenheit aus und ließen ein Kräfteverhältnis erkennen, an dem nicht zu rütteln war.**

Auch Unruhestifter scheiterten

Dennoch versucht der Gegner im Laufe des Tages, Störaktionen zu starten und Unruhe zu verbreiten. Rowdys, Provokateure und Gerüchtemacher wurden vorgeschickt, Unfrieden zu stiften. Sie bemühten sich, Protestaktionen zu organisieren, verbreiteten Gerüchte über angebliche Streiks. Nicht selten flogen Steine, wurden die eingesetzten Sicherungskräfte bedroht und beschimpft, wurden ihnen Bestechungsgelder für einen Durchschlupf nach Westberlin angeboten. Alle diese provokatorischen Absichten scheiterten jedoch.

Genosse Erich Honecker schreibt dazu: „Nur gemeinsam mit zahllosen freiwilligen Helfern und **getragen vom Verständnis der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen ließ sich eine solche Operation bewerkstelligen.** Deshalb zeigte sich in diesen Augusttagen nicht nur unsere militärische Kraft, sondern auch die **Stärke unserer sozialistischen Ordnung, die Überlegenheit unseres politischen Systems.** Man mag daran im Nachhinein herumzudeuteln versuchen, wie man will – eines bleibt

unverrückbare Tatsache: Trotz des beträchtlichen Umfangs der vorbereitenden Maßnahmen, die für das Gelingen erforderlich waren, kam die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls für unsere Gegner völlig überraschend."/11

Zusammenfassung

In der gegenwärtigen harten Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus, in der es um Sein oder Nichtsein der Menschheit geht, sind uns die im August 1961 gewonnenen Erfahrungen von großem Nutzen. Sie stärken unsere Zuversicht, daß es möglich ist, die Aggressoren bereits im Frieden zu schlagen und den Krieg zu besiegen, bevor er ausbricht.

Mit den Maßnahmen vom 13. August 1961 bewährte sich die Deutsche Demokratische Republik als erster deutscher Friedensstaat und bewies nachdrücklich, daß sie die geschichtliche Aufgabe, alles zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, jederzeit äußerst ernst nimmt. Die DDR erfüllte mit Unterstützung des gesamten sozialistischen Bruderbundes ihre internationalistische Pflicht und half durch die Sicherung ihrer Staatsgrenze zu Westberlin und durch den verstärkten Schutz der Grenze zur BRD, den Frieden in Europa zu retten.

Der präzise und ruhige Verlauf der gesamten Aktion legte Zeugnis ab von dem Vertrauen der werktätigen Bevölkerung zur Partei der Arbeiterklasse und zu ihrem sozialistischen Staat und zugleich von der Entschlossenheit und den organisatorischen Fähigkeiten der Waffenträger des Sozialismus.

Der 13. August 1961 wurde zur schwersten Niederlage des deutschen Imperialismus seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.



Weshalb die Erinnerung so lebendig ist

Ganz selbstverständlich geht in den Erfahrungsschatz jeder heranwachsenden Generation unseres Landes die Tatsache ein, daß die **Partei der Arbeiterklasse eine zuverlässige Führerin** aller Werktätigen der DDR ist, daß sie realistisch das Weltgeschehen und die eigene Entwicklung einzuschätzen weiß und vor allem herangereifte Probleme immer zur rechten Zeit der erforderlichen Lösung zuführt. Dabei sind in der Regel durchaus Schwierigkeiten und Hemmnisse zu überwinden, weil sich Neues im Leben stets gegen Widerstände durchzusetzen hat.

Fakt aber ist: Die Bevölkerung der DDR vertraut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, macht deshalb auch die Beschlüsse des XI. Parteitages zu ihren eigenen.

Sehr wesentlich haben zur Festigung dieses Vertrauens die Ergebnisse des 13. August 1961 beigetragen. Ebenso wie zur **Verbundenheit zwischen Volk, Armee, den Grenztruppen und den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen** unseres sozialistischen Staates. Schließlich stärkten die Maßnahmen des 13. August 1961 beträchtlich den sozialistischen Bruderbund, gaben der **Klassen- und Waffenbrüderschaft,** dem Vertrauen in die gegenseitige Verläßlichkeit bedeutenden Auftrieb.

Ergebnisse, die noch heute wirken

Am 13. August 1961 wurde der Frieden in Europa gerettet! An einem Brennpunkt der weltweiten Auseinandersetzung um Frieden und Sicherheit wurde jenen imperialistischen Abenteurern, die sich anschickten, den kalten in den heißen Krieg umzuwandeln, rechtzeitig die Fackel aus der Hand geschlagen. Ihr Versuch, über Westberlin „das Tor nach dem Osten aufzustoßen", die DDR im „Frontalangriff" zu überrennen, war mutig und entschlossen im Keime erstickt worden.

Damit mußten nun auch sie zur Kenntnis nehmen, daß auf deutschem Boden zwei Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftssystemen bestehen, die zugleich verschiedenen Bündnissen angehören – die

friedliche sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland. Außerdem **hatten sich die imperialistischen Hoffnungen auf Veränderung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges in Europa entstandenen Grenzen als illusorisch erwiesen.** Die kalten Krieger waren gescheitert. Das wurde zur Voraussetzung dafür, daß der Weg zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, der Weg zur Politik der Entspannung in Europa beschritten werden konnte.

Sozialismus ebnete Weg zur Entspannung

Ein Jahrzehnt nach dem August 1961 führten die Ergebnisse sozialistischer Friedens- und Sicherheitspolitik zu völkerrechtlichen Verträgen der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der DDR mit der BRD.

Dem 13. August 1961 folgte im September 1971 der **Abschluß des Vierseitigen Abkommens über Westberlin.** Mit diesem Abkommen und mit dem Kampf um seine Durchsetzung wurde auf Initiative der Sowjetunion ein Brennpunkt internationaler Konflikte entschärft. Das Dokument legt unmißverständlich fest, daß Westberlin so wie bisher kein Bestandteil der BRD ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird.

Im **Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD** mußte der Bonner Staat u. a. die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Souveränität und die territoriale Integrität der DDR anerkennen. Auch die von den Staaten der NATO organisierte politische und diplomatische Blockade gegen die DDR brach zusammen. **Seit September 1971 ist unser sozialistischer Staat ein anerkanntes und weltweit geachtetes Mitglied der UNO.**

Mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 1. August 1975 in **Helsinki** wurden die territorialen und politischen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz festgeschrieben. Es gelang den sozialistischen Staaten, Vereinbarungen über Sicherheit, vor allem über die Unverletzlichkeit der Grenzen, als Schlüsselfrage unserer Zeit an die Spitze der Schlußakte zu setzen. Die Teilnehmerstaaten erklärten, daß „sie sich . . . jeglicher Forderung oder Handlung enthalten, sich eines Teiles oder des gesamten Territoriums irgendeines Teilnehmerstaates zu bemächtigen"./12

Gerade dieses Prinzip der Unverletzlichkeit ihrer Grenze hatte die DDR am 13. August 1961 gegenüber der BRD und Westberlin erfolgreich durchgesetzt. Denn stabiler Friede und die Sicherheit der Völker und Staaten haben gesicherte Grenzen zur unabdingbaren Voraussetzung. Diese historisch überprüfte Lehre gehört zu den wichtigsten des 13. August.

Erreichtes entschlossen verteidigen

Was vor 25 Jahren galt, gilt heute erst recht. Der so kostbare Frieden muß auch heute und morgen, angesichts der gefährlich zugespitzten internationalen Klassenkampfsituation entschlossen verteidigt und gefestigt werden. Wir haben nach wie vor unseren Beitrag zu leisten, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Doch nicht nur wir. Deshalb steht die Partei zurecht auf dem Standpunkt: „Weder die DDR noch die BRD können aus ihrer Verantwortung für die Friedenserhaltung im Herzen Europas entlassen werden. Deshalb sollten von den zwei deutschen Staaten, die souverän und unabhängig voneinander über ihre Innen- und Außenpolitik entscheiden und die in ihrem jeweiligen Bündnis entsprechendes Gewicht besitzen, aktive Beiträge

zur Festigung des Friedens, zur Abrüstung und Entspannung geleistet werden."/13

Konsequent tritt unser Staat auch in der Praxis dafür ein, „daß vom Verhältnis der beiden deutschen Staaten keine zusätzlichen Belastungen für die Lage in Europa ausgehen, sondern Impulse für das friedliche und vertrauensvolle Zusammenleben der Staaten Europas"./14

Bonner Politik ist widersprüchlich

Die praktische Politik der Regierung der BRD und offizielle Verlautbarungen verantwortlicher Politiker nehmen sich dagegen sehr widersprüchlich aus. Oft lassen sie sogar erkennen, daß man sich westlich von Elbe und Werra noch immer nicht mit der Existenz, geschweige denn mit der Unwiderruflichkeit unserer Staatsgrenze und mit unseren Maßnahmen zur strikten Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung an dieser Grenze abfinden will.

Die **Palette gefährlicher Aktionen** gegen die Staatsgrenze und gegen unser Grenzsicherungssystem ist breit. Sie enthält die Anstiftung zum Mord an Grenzsoldaten und den Mord selbst; die gezielte Anwendung von Schußwaffen; Sprengstoffanschläge; die Beschädigung und Zerstörung von Grenzsicherungsanlagen; Bedrohungen und Beschimpfungen; und ebenso das provokatorische Verletzen des Territoriums und des Luftraumes der DDR.

All das sind nicht nur gefährliche Angriffe auf die Unverletzlichkeit der Staatsgrenze, sondern auch auf das Leben und die Gesundheit der Angehörigen der Grenztruppen sowie auf die Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet. Sie zielen vor allem darauf, **die Grenzsoldaten zu verunsichern, sie in Angst zu versetzen und möglichst zu Unbesonnenheiten zu verleiten,** um daraus wiederum politisches Kapital schlagen zu können.

Selbst die Tatsache, daß sich der Feind an Abschnitten der Staatsgrenze oftmals über sehr lange Zeiträume verhältnismäßig ruhig verhält, daß die Angehörigen der Grenzsicherungsorgane der BRD sich betont korrekt und höflich verhalten, ist Bestandteil seiner **Versuche, uns über seine wahren Absichten zu täuschen und damit unsere Wachsamkeit einzuschläfern.**

Die Aktivitäten des Gegners gehen einher mit einer in den Massenmedien der BRD breit betriebenen **Verleumdung des Grenzregimes und des Dienstes der Grenztruppen der DDR.** Die imperialistischen Meinungsmacher werden dabei nicht müde, die 1961 eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen zu diffamieren. In völliger Verdrehung historischer Tatsachen wird uns z. B. unterstellt, daß die DDR mit den Sicherungsmaßnahmen am 13. August 1961 ein „abenteuerliches Risiko" eingegangen sei. Sie hätten angeblich die Möglichkeit des Ausbruchs eines Krieges heraufbeschworen.

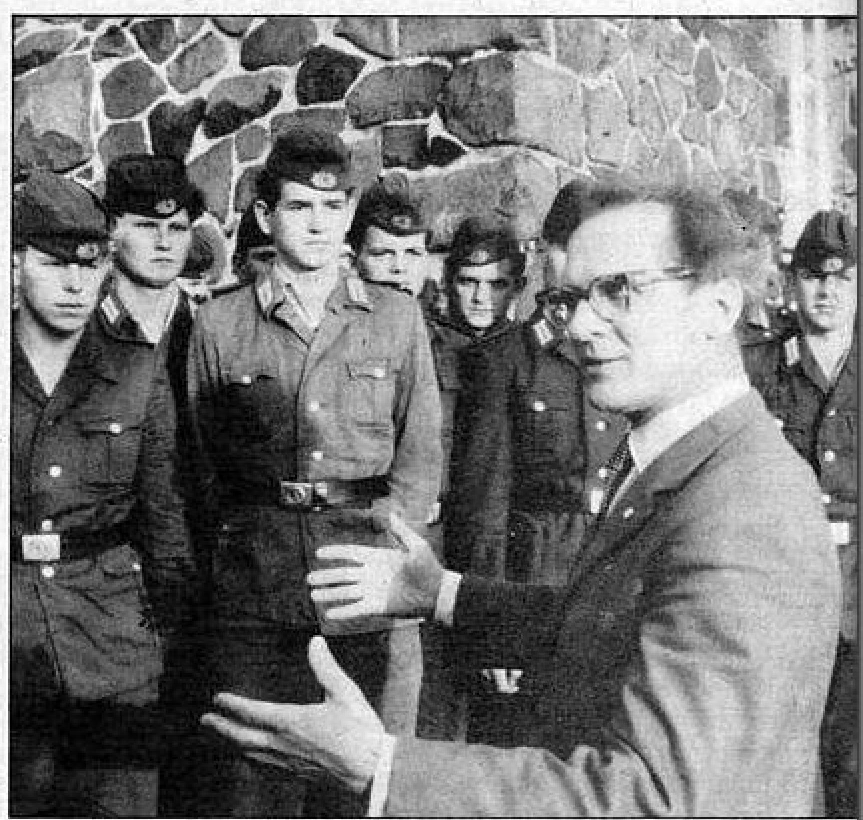
Widerlegung einer Lüge

Genosse Erich Honecker entlarvt in überzeugender Weise die Verlogenheit und Haltlosigkeit derartiger Behauptungen: „Wiederholt bin ich gefragt worden, ob wir seinerzeit bewußt das Risiko eines großen Krieges eingegangen wären. Wir hatten berechtigten Grund zu der Annahme, daß es der NATO nicht möglich sein würde, eine derartige Aktion, die sich ja ausschließlich auf unserem Territorium vollzog, mit einer militärischen Aggression zu beantworten. Unsere Informationen besagten, daß sich die USA, die Hauptmacht der NATO, ohne die ein militärisches Vorgehen nicht denkbar war, in bezug auf Berlin-West von eindeutigen Interessen leiten ließ. Das waren: unveränderter Status von Berlin-West, Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin-West, sicherer Verkehr zwischen Berlin-West und der BRD. Keines dieser In-

Seite an Seite, Schulter an Schulter –

„Die ganze Tragweite des 13. August 1961 mag mancher erst so recht in den folgenden Jahren verstanden haben. Sein Einfluß reicht bis in unsere Gegenwart. Schon in den Ausgangsstellungen waren die Versuche zum Scheitern gebracht worden, die Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR … zu beseitigen … Auch Politiker, die nicht gerade zu unseren Freunden zählen, stellten schon vor Jahren fest, daß mit unserer Aktion dem Frieden auf deutschem Boden und damit in Europa ein guter Dienst erwiesen worden war.“

Erich Honecker



vereint den Krieg schon im Frieden besiegt







Nicht jedem ist es vergönnt, derart triumphale Siege über den Klassenfeind mitzuerleben. Doch die Quellen des Sieges vom 13. August erschließen sich dem aufmerksamen Beobachter auch im Alltag: die umfassende Fürsorge der Partei; das feste Zusammenstehen von Arbeitern, Bauern, Wissenschaftlern, Künstlern und Waffenträgern des Volkes; der unzerstörbare Bruderbund mit den sowjetischen Klassengenossen, mit der gesamten sozialistischen Völkerfamilie. Und jeder vermag es heute, an seinem Platz den entscheidenden Sieg über die Feinde des Friedens mitzuschmieden.

teressen wurde durch unsere Grenzsicherungsmaßnahmen verletzt. Daß die Staaten des Warschauer Vertrages den Status von Berlin-West als eines besonderen politischen Territoriums respektierten, hatten die Westmächte Anfang August 1961 der Mitteilung über die Beratung der Ersten Sekretäre unserer Zentralkomitees entnehmen können. Unsererseits war also kein Anlaß zu einem militärischen Eingreifen der NATO gegeben worden. Und noch etwas: **Wir unternahmen keine andere Aktion als jeder andere unabhängige, souveräne Staat.** Lediglich nahmen wir unsere Grenze gemäß dem damals wie heute von der Organisation der Vereinten Nationen verbrieften Völkerrecht unter Kontrolle. Damit wurde der Frieden gerettet und der Grundstein für das weitere Aufblühen der Deutschen Demokratischen Republik gelegt."/15

Auch mit unserem Grenzregime an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin, das soll hier ausdrücklich hervorgehoben werden, verwirklichen wir konsequent völkerrechtsübliche, gültige Normen. Dieses **Grenzregime berücksichtigt sowohl den Charakter der in der BRD und in Westberlin herrschenden Machtverhältnisse als auch die Beziehungen, die die DDR zur BRD und mit Westberlin unterhält.**

Grenzdienst ist Dienst am Frieden

Der Grenzdienst, den wir täglich leisten, ist Gefechtsdienst im Frieden und darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten. Das bewiesen u. a. die entschlossenen und zugleich besonnenen Handlungen vieler Grenzsoldaten, die seit dem 13. August 1961 gefährliche Anschläge des Gegners auf die Staatsgrenze rechtzeitig abgewehrt oder gar verhindert haben. An der vordersten Linie, an der Grenze zwischen Sozialismus und Imperialismus auf Posten zu stehen, hier Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten, Provokationen einzudämmen, jede Verletzung des Grenzregimes konsequent zu unterbinden, das sind gewichtige Taten für die Sicherung des Friedens und des Sozialismus.

Am Wesen dieses, unseres Kampfauftrages wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Aber **wir stehen vor neuen Anforderungen, die daraus resultieren, daß das politische Gewicht zuverlässig gesicherter Grenzen enorm zunimmt.** Die Wirksamkeit der Grenzsicherung entscheidet mit über den Erfolg des Kampfes unserer Partei und des Staates um die Erhaltung des Friedens, über die Ausstrahlungskraft des Sozialismus, über das internationale Ansehen und die Autorität des sozialistischen Bruderbundes. Alle Maßnahmen und Schritte unserer Partei zur Vervollkommnung der Grenzsicherung, jeder Befehl der dazu erlassen wird, tragen der internationalen Lage und militärpolitischen Situation stets Rechnung, sind darauf gerichtet, der Friedens- und Sicherheitspolitik unserer Partei Nachdruck zu verleihen.

Eine sicher geschützte Grenze gehört auch zu den wichtigsten Garantien dafür, daß wir in der DDR, unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, Jahr für Jahr gut vorankommen, daß sich unser sozialistisches Vaterland stabil und dynamisch entwickelt, daß es als gute Heimstatt unseres Volkes erfolgreich gedeiht. Auch an den anspruchsvollen Zielen und Aufgaben, die die zurückliegenden Parteitage der SED zum Wohle unseres Volkes beschließen konnten, läßt sich die **nachhaltige Wirkung der Ergebnisse des 13. August 1961** ablesen.

Zunächst wurde ein für allemal mit der Ausplünderung der DDR Schluß gemacht. Der Aufbau des Sozialismus konnte nunmehr ohne unmittelbare ökonomische und politische Störeinwirkung über eine offene Grenze zum Imperialismus fortgesetzt werden. Es ging in unserem Land schneller und besser voran. Der Sozialismus erstarkte insgesamt und gewann an Gewicht.

Die Sicherung der Staatsgrenze wurde zum Ausgangspunkt großer Initiativen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Arbeiter der Elektrodendreherei des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg riefen im September 1961 zum **Produktionsaufgebot** für die Stärkung der Republik auf, das zum Ziel hatte, mit jeder Minute, mit jedem Gramm Material und mit jedem Pfennig sparsam umzugehen, die moderne Technik zu nutzen, um sowohl den Umfang als auch die Effektivität der Produktion zu erhöhen und zugleich die Wirtschaft der DDR gegenüber dem Monopolkapital der BRD störfrei zu machen.

Initiativen zur allseitigen Stärkung der DDR

Dem Aufruf der Elektrodendreher schlossen sich viele Betriebskollektive an. So standen beispielsweise im November 1961 in den Bezirken Halle, Erfurt und Leipzig 75 Prozent der Werktätigen der sozialistischen Industrie im Produktionsaufgebot. Tatkraft und Energie der Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Wissenschaftler führten zu bedeutenden Ergebnissen bei der Stärkung unserer Republik.

Das Produktionsaufgebot verdeutlichte zugleich, daß sich im Ergebnis der siegreichen Klassenschlacht vom 13. August auch im Denken der Menschen bedeutende Veränderungen vollzogen. Immer mehr Bürger unseres Landes bekundeten offen und vorbehaltlos ihre **tiefe Genugtuung über die wirksame Unterbindung der imperialistischen Störpolitik** und verbanden dieses Bekenntnis mit persönlichen Verpflichtungen zur allseitigen Stärkung der sozialistischen DDR und zu ihrem zuverlässigen militärischen Schutz.

Am 18. August 1961 vereinten sich um 6 Uhr morgens Hunderttausende Mitglieder der FDJ zu Appellen in ihren Betrieben und Einrichtungen und nahmen einen Kampfauftrag des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend entgegen. In ihm wurden die Mitglieder der FDJ aufgefordert, im **Aufgebot „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!"** ihre Bereitschaft zum freiwilligen Dienst in den bewaffneten Kräften der DDR zu erklären und ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, um in Industrie und Landwirtschaft die Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1961 zu sichern.

Als im Oktober 1961 die Bilanz der großen Verpflichtungsbewegung der wehrfähigen Jugend der DDR und der Angehörigen der sozialistischen Streitkräfte gezogen wurde, zeigte sich: **Fast 300 000 Jugendliche hatten sich bis Herbst 1961 verpflichtet, sollte es die Lage erforderlich machen, Ehrendienst in der NVA oder in anderen bewaffneten Organen der DDR zu leisten.**

Mehr als die Hälfte aller Soldaten und Unteroffiziere, deren Dienstzeit im Herbst ablief, entschloß sich, zwischen sechs Monaten und drei Jahren länger zu dienen.

Vertrauen zur Politik der SED

7000 Armeeangehörige bekräftigten in den Wochen und Monaten nach dem 13. August mit ihrem **Antrag um Aufnahme** in die Partei der Arbeiterklasse ihr Vertrauen in die Politik der SED. Insgesamt stärkten im Jahre 1961 10 000 junge Soldaten die Parteiorganisationen der SED in der Volksarmee. In der Deutschen Grenzpolizei baten schon in den ersten zwei Wochen nach dem 13. August 841 Angehörige um Aufnahme in die SED, und über 800 wurden Mitglieder der FDJ, der Kampfreserve der Partei.

Es war nicht zuletzt eine Würdigung der Tatsache, daß unter der Führung der marxistisch-leninistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse auch in bezug auf den Schutz der Staatsgrenze sowie bei der Herausbildung und Entwicklung der Grenztruppen stets zur rechten Zeit die notwendigen Entscheidungen getroffen wurden.

Im Programm der SED steht: „Die Stärke der bewaffneten Organe beruht vor allem auf der Führung durch die marxistisch-leninistische Partei."/16

Sorge der Partei überall spürbar

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bemühte sich ständig und umsichtig um die **Erziehung und Ausbildung** der Genossen. Sie sorgte für eine moderne **Struktur, Bewaffnung und Ausrüstung.** Die ständige Erhöhung des ideologischen Einflusses der Partei der Arbeiterklasse auf alle militärischen Bereiche, das **beispielhafte Wirken der Kommunisten** in den Kollektiven und an allen Kampfabschnitten sicherten bei den eingesetzten Kräften das erforderliche Maß an politischer Reife und militärischem Können.

Auch im Wirken der Mitglieder der Partei- und Staatsführung während des unmittelbaren Verlaufes der Sicherungsmaßnahmen zeigte sich die **zielklare Führung** der Partei, ihre kluge und **massenverbundene Politik.** Stets waren verantwortliche Funktionäre am Ort des Geschehens zu finden. Zum Beispiel Genosse Erich Honecker. Obwohl er die gesamte Operation zu leiten hatte, fand er Zeit und Gelegenheit, unmittelbar in den Einheiten mit den Soldaten zu sprechen und ihnen den Sinn der Maßnahmen zu erläutern.

Nicht zuletzt offenbaren die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August den **internationalistischen Charakter der Sicherheits- und Militärpolitik der SED.** Es war, ist und bleibt eine Maxime der Politik unserer Partei, stets einen konkreten Beitrag zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft zu leisten. Diese Einheit erwies sich als die entscheidende Kraft bei der Verteidigung des Sozialismus und des Friedens. **Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung eines sozialistischen Landes, der Schutz seiner Grenze gegen alle Anschläge des Imperialismus, das stellte auch der 13. August eindeutig klar, können nur im Bündnis mit der UdSSR und ihren Streitkräften, in der Koalition der sozialistischen Staaten und Streitkräfte, in fester Klassen- und Waffenbrüderschaft dauerhaft und zuverlässig gesichert werden.**

Die Waffenbrüderschaft zwischen der NVA, der Sowjetarmee und den anderen bewaffneten Organen bewährte sich im August 1961 in überzeugender Weise. Und so wie sich dieses Klassen- und Waffenbündnis damals als unüberwindlich erwies, so ist es in den folgenden Jahren immer mehr erstarkt und gewachsen. Es half und hilft uns, viele Bewährungssituationen zu meistern.

Politisch bewußtes Denken und Handeln entschied

Der Verlauf und die Ergebnisse der Sicherungsmaßnahmen machten schließlich deutlich, daß die Unantastbarkeit unserer Staatsgrenze nicht nur und nicht einmal in erster Linie vom Grad des pioniertechnischen Ausbaus und von den zum Einsatz gelangenden technischen Mitteln abhängig ist, sondern zuallererst von der politischen Bewußtheit, der Standhaftigkeit, der militärischen, militärtechnischen und grenzfachlichen Meisterschaft der Grenzsoldaten. Denken, Handeln und Verhalten der Kämpfer des 13. August bestätigen diese wichtige Erfahrung.

Lektion in Standhaftigkeit und Kampfesmut

Die Aggressionspläne des Klassenfeindes zerstoben damals buchstäblich vor den Sicherungsketten der Kampfgruppen, der Grenz- und Bereitschaftspolizisten, vor der Kampfentschlossenheit der Nationalen Volksarmee und der Sowjetarmee. Sie scheiterten an der konsequenten Haltung der UdSSR und ihrer Verbündeten im Warschauer Vertrag.

Für die allseitige Stärkung der Republik

Ende 1961 begann eine Etappe der Festigung der ökonomischen Grundlagen und der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Der Aufruf der Elektrodendreher vom VEB Elektrokohle, in der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr zu produzieren, fand starken Widerhall. Die Arbeiter vom Kabelwerk Oberspree (siehe Foto) handelten nach der Losung: „Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion ..."



„Das Vaterland rief – wir kamen. Das Vaterland ruft – wir bleiben, schützen und verteidigen die Grenzen der DDR!" Unter diesem Motto entfaltete sich in den Streitkräften eine Bewegung zur freiwilligen Weiterverpflichtung. Rund 10 000 junge Soldaten wurden Mitglieder der SED. Einer von ihnen war Genosse Lange (3. v. l.). „Für mich war das Maß der Provokationen aus dem Westberliner Sumpf genau so voll, wie es unsere Regierung aussprach", erklärte er u. a.



Fast 300 000 Jugendliche erklärten sich bis Oktober 1961 bereit, in den bewaffneten Organen unserer Republik zu dienen, falls es die Lage erfordere. Die von ihnen in den Bezirksstädten gebildeten Marschblöcke wurden als FDJ-Regimenter bezeichnet.



Die am 13. August und in den Wochen danach eingesetzten Kämpfer waren keine besonderen Menschen mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten. **Das Herausragende an ihnen war vor allem ihr festes Vertrauen zur marxistisch-leninistischen Kampfpartei und in deren Politik,** ihre durch nichts zu erschütternde Überzeugung von der Gerechtigkeit der Sache der Arbeiterklasse und ihr unbedingter Wille, diese, ihre Sache, überall und unter allen Bedingungen konsequent zu vertreten.

Für die Deutsche Grenzpolizei stellten die Maßnahmen ab Sommer 1961 die bis dahin größte Bewährungsprobe und zugleich einen Höhepunkt ihrer Entwicklung dar. Gemeinsam mit den Kampfgruppen der Arbeiterklasse standen die Grenzer vorn in der ersten Sicherungsstaffel. Einer von ihnen war der damalige Hauptmann und jetzige Oberstleutnant der Reserve Horst Fritzsche. Nach mehr als 32 Jahren Dienst in den Grenztruppen arbeitet er heute als Abteilungsleiter im Sekretariat des Nationalrates der Nationalen Front der DDR.

Genosse Fritzsche erhielt den Befehl, sich in einen Abschnitt im Bezirk Potsdam zu begeben, dort einen Gleisbauzug der Deutschen Reichsbahn zu übernehmen, den S-Bahnverkehr nach Westberlin zu unterbrechen und den Abschnitt zuverlässig zu sichern. Im P 3, auf dem Weg zum Einsatzort, gingen Genossen Fritzsche viele Gedanken durch den Kopf. Würde die kurze Vorbereitungszeit ausreichen? Wie könnte der Gegner reagieren? Aber im befohlenen Grenzabschnitt angekommen, wich die Spannung. Es bewies sich die ausgezeichnete Organisation des Zusammenwirkens aller Kräfte. Eisenbahner bauten in kürzester Zeit eine festgelegte Gleisstrecke ab und sperrten mit schon vorbereiteten Stacheldrahthindernissen den Abschnitt. Inzwischen unterstützten Kampfgruppen der Arbeiterklasse die Sicherung der Grenze, hatten die Kommandeure von NVA-Einheiten, die im Hinterland in Bereitschaft lagen, Verbindung zu den Grenzern aufgenommen.

Zu ihnen gehörte der damalige Unterleutnant Ulrich Neumann, heute Oberstleutnant und Stellvertreter des Kommandeurs in einem mot. Schützentruppenteil der NVA. In jener ereignisreichen Nacht wurde er durch Gefechtsalarm aus dem Schlaf geschreckt. Kurz und präzise erteilte er sofort seine Befehle zur Herstellung der vollen Gefechtsbereitschaft seiner Kompanie. Die Alarmierung lief so ab, wie es oft trainiert worden war. Und es war gut, daß sie es trainiert hatten, denn diesmal war es keine Übung. Innerhalb kürzester Zeit war das Regiment marschbereit. Reguliert wurden sie und die anderen NVA-Einheiten von Sowjetsoldaten. Ein beruhigendes Gefühl für die mot. Schützen, sie standen dem Klassenfeind nicht allein gegenüber.

Unter der Losung „Soldaten entscheiden durch Taten! Die Ultras kommen nicht durch!" wurden beim Schutz der Staatsgrenze und bei deren pioniertechnischem Ausbau hervorragende Leistungen vollbracht.

Diszipliniertes und taktisch kluges Verhalten sicherte den Erfolg

Die Genossen handelten diszipliniert, taktisch klug, initiativreich und überlegt. Alle erforderlichen Manöver mit Kräften und Mitteln wurden – vom Gegner unbemerkt – gedeckt, schnell und präzise durchgeführt. In allen Situationen bewiesen Soldaten, Grenz- und Bereitschaftspolizisten ihre hohe physische und psychische Leistungsfähigkeit.

Wenn wir uns der Leistungen der Kämpfer des 13. August erinnern, dann **gehören dazu die hohe Einsatzbereitschaft, die Entschlossenheit und die Standhaftigkeit der Angehörigen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse.** Lassen wir einen von ihnen, den Genossen Brinckmann, mit seinen Erinnerungen zu Wort kommen:

„Auf der anderen Seite des Brandenburger Tores gab eine aufgeputschte, nach Hunderten zählende haßerfüllte Menschenmenge keine Ruhe. Mehrere rote Fahnen hatten sie verbrannt. Nun grölten sie mißtönend ‚Deutschland, Deutschland über alles'. Als wir in unseren Fahrzeugen am Brandenburger Tor vorbeifuhren, riefen die jenseits der Grenze von Geheimdiensten eingewiesenen Rädelsführer in der Menschenmauer vor dem Reichstagsgebäude wuterfüllte Parolen, die von ihren bezahlten Schreiern im Chor wiederholt wurden . . .

Fester umfaßten wir unsere Maschinenpistolen und Karabiner. Ruhig sprangen alle nach dem Kommando ‚Absitzen' von den Lastkraftwagen. Wir formierten uns in unseren Zügen. Der Befehl ‚Laden und sichern!' brachte Bewegung in die Reihen. Angesichts der aufgeputschten Menge, aus der einzelne vorgeschickte Halbwüchsige versuchten, die Grenze zu überschreiten, ging mir beim Laden der scharfen Munition so mancher Gedanke durch den Kopf. Werden wir es schaffen, unseren Auftrag ohne ernste Zwischenfälle zu erfüllen? Was könnte geschehen? Werde ich jeder Situation gewachsen sein?

Dann kam der Befehl ‚Räumkette!' und danach ‚Vorwärts marsch!' Entschlossen und mit festem Schritt gingen wir auf die Grenzlinie zu. Flaschen mit Brandgemisch wurden uns entgegengeworfen, zersplitterten klirrend vor uns auf dem Pflaster. Grell war der Schein der züngelnden Flammen. Doch unser geschlossenes, einheitliches Auftreten verfehlte nicht seine Wirkung.

Nun schlugen die gut bezahlten Berufsantikommunisten einen neuen Ton an. Sie riefen: ‚Brüder, kommt rüber!' Doch wir hatten nicht vergessen, was FDJlern am 15. August 1951 nach einer solchen Einladung geschehen war, welche Heuchelei sich hinter ‚Brüder' verbarg. Wir Kämpfer wußten, mit wem wir es zu tun hatten. Unser Auftrag war eindeutig und danach handelten wir. Es war unser Ziel, ohne jeden Gebrauch der Schußwaffe der Konterrevolution und dem westdeutschen Imperialismus zu zeigen, wo die Grenzen ihrer Möglichkeiten abgesteckt sind. Trotz oftmaliger direkter Bedrohung hielten wir uns strikt an unsere Befehle. Ohne einen Schuß wurde der antifaschistische Schutzwall errichtet und der Frieden erhalten, und ich bin stolz, dabeigewesen zu sein."/17

Mit Standhaftigkeit und Besonnenheit Provokationen zurückgewiesen

Ob in der Uniform der NVA, der Grenz- und Bereitschaftspolizei oder im Kampfgruppenanzug – an der Standhaftigkeit und Besonnenheit der Kämpfer scheiterten alle Provokationen. So auch die folgende, die sich am 23. Oktober 1961 ereignete:

Mit hoher Geschwindigkeit fuhren Panzer der in Westberlin stationierten USA-Besatzungstruppen auf den Grenzübergang Friedrichstraße zu, als wollten sie die Grenzlinie durchbrechen. **Die zur Sicherung der Staatsgrenze eingesetzten Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR sollten zu Abwehrhandlungen provoziert werden.** Doch diejenigen, die einen Anlaß für aggressive militärische Aktionen schaffen wollten, täuschten sich. Besonnen und unerschrocken blieben die Kämpfer, Soldaten und Offiziere auf ihren Posten. Stehenbleiben, keinen Zentimeter zurück! Allein dieser Gedanke beherrschte sie.

Zu ihnen gehörte Hauptmann Heinz Schäfer, heute Oberstleutnant der Grenztruppen und Kommandant einer Grenzübergangsstelle.

Die Panzer stoppten.

Jahre später sagte Heinz Schäfer: „Ich weiß nicht, was ich empfand, als ich an der Grenzlinie stand und die Panzer auf mich zurasen sah.

Doch ich hatte einen Befehl erhalten, und den führte ich aus. So war ich gewohnt zu handeln, so war ich in den bewaffneten Organen und von der Partei erzogen worden."/18

Daß solch mutiges Verhalten auch unmittelbar seine Früchte trägt, beweist der weitere Verlauf der Dinge:

„Einer der amerikanischen Panzer kam nicht rechtzeitig zum Stehen und überrollte die Staatsgrenze. Hauptmann Schäfer ging ruhig auf ihn zu. Auch die auf ihn gerichtete Kanone konnte ihn nicht beeindrucken. Er winkte den Fahrer heraus und bedeutete ihm, den Rückwärtsgang einzulegen. ‚Fluchend stieg er wieder in seinen M 48 ein', so schilderte Hauptmann Schäfer diese Situation, ‚und setzte zurück. Das zeigte die Autorität, die wir als bewaffnete Organe hatten. Die Panzerbesatzung mußte die Verletzung unseres Territoriums eingestehen und respektierte damit, was mit der Provokation verleugnet werden sollte – die Existenz der Staatsgrenze'."/19

Den Kämpfern des 13. August nacheifern

Dem Vorbild der Kämpfer am 13. August zu folgen bedeutet nicht, diese oder jene ihrer Handlungs- und Verhaltensweisen einfach nachvollziehen zu wollen oder gar formal zu übernehmen. Nutzbringend und produktiv werden diese Erfahrungen für Sie erst dann, wenn Sie deren Richtigkeit im Klassenkampfgeschehen unserer Tage für sich neu entdecken und bestätigt finden.

„Die Feinde des Sozialismus und der Entspannung geben in ihrem Drang nach militärischer Überlegenheit nicht nach. Höchste Wachsamkeit ist geboten, um diesen Absichten jederzeit die entsprechende Antwort zu erteilen. Wichtigste Aufgabe unserer Grenztruppen ist es, in fester Kampfgemeinschaft mit der Nationalen Volksarmee, mit den Armeen und Grenztruppen der UdSSR und der anderen sozialistischen Bruderländer dazu beizutragen, den Frieden als höchstes Gut der Menschheit zu bewahren."/20

Wie Sie unschwer erkennen können, sind Ihnen damit **nicht minder verantwortungsvolle Aufgaben für den Schutz des Sozialismus und des Friedens als den Kämpfern vom 13. August übertragen.** Notwendig ist, daß jeder Grenzsoldat seinen Platz genau kennt und ihn pflichtbewußt ausfüllt. Das um so mehr, da Sie zu der Generation von Grenzsoldaten gehören, die unmittelbar nach dem XI. Parteitag der SED – dem höchsten Forum der Kommunisten unseres Landes – an der konsequenten Verwirklichung der dort gefaßten Beschlüsse zur allseitigen Stärkung der DDR und ihres sicheren militärischen Schutzes mitwirkt und damit entscheidend zur Sicherung des Friedens beitragen kann.

Es gilt, das zu bewahren, zu schützen und weiterhin kraftvoll zu mehren, wofür mit der Aktion vom 13. August 1961 wichtige Voraussetzungen geschaffen wurden – u. a. dafür, daß wir gegenwärtig bereits im fünften Friedensjahrzehnt leben.

Liebe zum Frieden, die Bereitschaft, alles für seine Erhaltung und dauerhafte Sicherung zu tun, das bedeutet für uns Grenzsoldaten,

- die zuverlässige Sicherung der Statsgrenze der DDR als Beitrag zur allseitigen Stärkung der DDR und zur Durchsetzung der aktiven Friedenspolitik des Sozialismus zu verstehen und die wachsenden Aufgaben der Grenzsicherung als humanistische, zutiefst patriotische und internationalistische Pflicht zu begreifen;

Realitäten des Lebens setzten sich durch.

Wer mit friedlichen Absichten und ordnungsgemäßen Dokumenten eine unserer Grenzübergangsstellen passiert, darf gewiß sein, gastfreundlich in der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen zu werden. Davon konnte sich seinerzeit schon der damalige amerikanische Vizepräsident, Richard Nixon, überzeugen (Bild links unten).
Mit Gewalt ist freilich nichts zu machen. Das zeigte sich auch im Oktober 1961, als die Standhaftigkeit der Genossen um Hauptmann Schäfer und die Unterstützung durch sowjetische Waffenbrüder amerikanische Panzer (Bild rechts unten) zum Rückzug zwangen.





- fähig zu sein, mit ganzer Kraft, allem Wissen und Können und, wenn notwendig, auch mit dem Leben für den zuverlässigen militärischen Schutz des Sozialismus und des Friedens einzustehen;
- alle persönlichen Anstrengungen und die des Kollektivs auf die größtmögliche Erhöhung der Gefechtsbereitschaft und die Gewährleistung einer stets zuverlässigen Grenzsicherung zu konzentrieren;
- jeden Befehl zur Sicherung der Staatsgrenze kompromißlos und diszipliniert zu erfüllen und im Grenzdienst politisch umsichtig, aktiv, findig und entschlossen zu handeln.

Diese Forderungen sind nie an irgendwelche zeitweiligen Erwägungen oder an rein taktische Erfordernisse geknüpft, sondern eine immerwährende Aufgabe verantwortungsvoller militärischer Pflichterfüllung. Die Lösung dieser Aufgabe verlangt ein Höchstmaß an Aktivität. Dazu gehört u. a., die Befehle und Dienstvorschriften gewissenhaft und zugleich initiativreich durchzusetzen und sich dabei stets der politischen Tragweite des eigenen Handelns bewußt zu sein.

Im täglichen Grenzdienst aktiv handeln

Aktivität im täglichen Grenzdienst erfordert weiterhin
- das Bemühen, an jedem Tag ein Mehr an Wissen zu erlangen, um den hohen Anforderungen des Grenzdienstes und den starken Belastungen des modernen Gefechts gewachsen zu sein;
- die Vorzüge und Einsatzmöglichkeiten der modernen Waffen und der Technik besser als der Gegner zur Geltung zu bringen und sie unter kompliziertesten Lagebedingungen wirksam zu nutzen;
- den Gegner genau zu kennen, seine Absichten und möglichen Handlungen vorausschauend zu beurteilen sowie schneller und initiativreicher zu handeln, als er es vermag;
- ununterbrochen intensiv zu beobachten und die eigenen Handlungen geschickt zu tarnen;
- Spuren sicher zu erkennen, Veränderungen im Gelände auszumachen und für die eigenen Handlungen zu nutzen;
- exakte Lagebeurteilungen vorzunehmen, zweckmäßige Entschlüsse zu fassen sowie konkrete Meldungen abzusetzen;
- mit List, Findigkeit und Initiative den Befehl zur Grenzsicherung zu erfüllen.

Heute wie vor 25 Jahren gilt: Der zuverlässige Schutz der Staatsgrenze erfordert vor allem selbstbewußte und bewußt handelnde Grenzsoldaten, die mitdenken, die nie vergessen, warum und wofür sie Soldat sind.

Immer wieder sollten Sie sich vor Augen führen: **Von Ihrer Umsicht, von Ihrer politischen Klugheit und Standhaftigkeit im täglichen Grenzdienst kann mit abhängen, ob es uns gelingt, den Krieg durch hohe Wachsamkeit und Gefechtsbereitschaft zu bekämpfen, bevor er ausbricht.**

Standhaftigkeit im täglichen Grenzdienst zu beweisen, das verlangt, sich zu bezwingen, manche Härte durchzustehen, vor den vielfältigen Schwierigkeiten des Dienstes nicht zu kapitulieren, sondern Willensstärke aufzubringen.

Die auf dem XI. Parteitag der SED beschlossenen und weit in die Zukunft reichenden Aufgaben zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und zu ihrem zuverlässigen militärischen Schutz erfordern schließlich auch von jedem Grenzsoldaten ein

ausgeprägtes politisches Kämpfertum. Hier geht es nicht nur darum, der Partei immer fest zu vertrauen, es ist auch nötig, ihre Politik unter allen Bedingungen konsequent zu vertreten und auf dem Platz, auf den man gestellt ist, selbst zu verwirklichen.

Zusammenfassung

Verlauf und Ergebnisse der Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 vermitteln uns wichtige Lehren für die verantwortungsbewußte und meisterhafte Erfüllung des Klassenauftrages in der Gegenwart.

Zu den wichtigsten Erfahrungen zählt erstens, daß die Partei der Arbeiterklasse im Interesse aller Werktätigen stets die richtigen und notwendigen Entscheidungen trifft.

Das spiegelt sich zweitens auch in der 1961 besonders sichtbar gewordenen und bis heute immer mehr gefestigten Einheit von Partei, Volk und Streitkräften wider.

Zu den Hauptlehren gehört drittens, daß auf die sowjetischen Klassen- und Waffenbrüder wie auf den gesamten sozialistischen Bruderbund jederzeit Verlaß ist – ebenso wie diese stets auf unser zuverlässiges internationalistisches Handeln vertrauen können.

Denken und Handeln der Kämpfer des 13. August sind uns bei der Bewältigung der heute zu lösenden anspruchsvollen Aufgaben Maßstab und Vorbild. Sich die bewährten Kampferfahrungen zu eigen zu machen und schöpferisch anzuwenden, ist und bleibt eine unerläßliche Voraussetzung für erfolgreiches Handeln im Grenzdienst.

Literaturangaben

1 Neues Deutschland, 10. Februar 1986, S. 3.
2 Geschichte der SED. Abriß, Berlin 1978, S. 417, 418.
3 Parteiarbeiter, Sonderheft Februar 1986, S. 19.
4 E. Thälmann, Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925–1933, Berlin 1973, S. 26.
5 W. Lamberz, Ideologische Arbeit – Herzstück der Parteiarbeit. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1979, S. 279.
6 Zitiert nach: E. Honecker, Aus meinem Leben, Berlin 1980, S. 202.
7 A. Norden, So werden Kriege gemacht, Berlin 1968, S. 349.
8 E. Honecker, Aus meinem Leben . . ., S. 203.
9 Ebenda, S. 205.
10 Armee für Frieden und Sozialismus. Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR, Berlin 1985, S. 248.
11 E. Honecker, Aus meinem Leben . . ., S. 205.
12 Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In: Für Entspannung und dauerhaften Frieden in Europa. Dokumente, Berlin 1976, S. 132.
13 Aus dem Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK der SED, Berlin 1985, S. 27.
14 Ebenda.
15 E. Honecker, Aus meinem Leben . . ., S. 206.
16 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 64.
17 K.-E. Brinckmann, Spätabends am Brandenburger Tor. Erinnerungen an den 13. August 1961. In: Deutsche Lehrerzeitung 32/1985.
18 Volksarmee 32/1983.
19 Armee für Frieden . . ., S. 261 f.
20 Grenztruppen der DDR tragen zum Schutz des Friedens bei. Gruß des Zentralkomitees der SED zum 39. Jahrestag. In: Neues Deutschland, 1. Dezember 1985, S. 1.

Inhalt

HERAUSGEBER:
POLITISCHE VERWALTUNG
DER GRENZTRUPPEN DER DDR

Militärverlag der DDR (VEB) – Berlin
Redaktion: WISSEN UND KÄMPFEN
Postanschrift: 1055 Berlin, Storkower Str. 158
Chefredakteur: Oberst Heinz Knetsch
Lizenz-Nr. 5 (Plan-Nr. 6/04-17) ·
Gestaltung: Horst und Ingo Scheffler
Fotos: Archiv (20), ZB (1)
Karten: Hickstein
Gesamtherstellung:
Druckerei des Ministeriums für Nationale Verteidigung (VEB) – Berlin – 3 2078-6

Redaktionsschluß: 12. März 1986